

Fünf Fragen an ... Tom Sello



Tom Sello beim Verkauf der Oppositionsschrift
»Umweltblätter« zur Feier des 3. Jahrestags der Gründung
der Umweltbibliothek im Hof des Gemeindehauses
der Zionskirche, 7. September 1989.
© Robert-Havemann-Gesellschaft. Foto: Siegbert Schefke

Tom Sello ist seit 2017 Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Der Bürgerrechtler hatte sich in der DDR in verschiedenen oppositionellen Gruppen engagiert. Von 1993 bis 2017 war er Mitarbeiter der Robert-Havemann-Gesellschaft.

MUSEUMSJOURNAL: In einem taz-Interview im März 2019 sagten Sie: »Damals gehörte ich zwar zu denen, die die DDR nicht mehr wollten. Aber von dem, was ich damals über den Westen wusste, war ich auch nicht überzeugt. Den wollte ich auch nicht.« Die DDR-Bürgerrechtler hatten sowohl Visionen einer anderen DDR als auch Ideen für ein neues, vereinigtes Deutschland. Welche waren das? Was wünschten Sie sich damals persönlich?

TOM SELLO: Wie die meisten Ostdeutschen war ich bestens darüber informiert, dass der Kapitalismus im Westen nicht alle Menschheitsprobleme löste – dafür hatten SED-Propaganda und Westfernsehen gesorgt. Und bis zum Mauerfall konnte ich mir auch nicht vorstellen, dass der kommunistische Ostblock zerfallen und es in absehbarer Zeit ein vereinigtes Deutschland geben würde. Schon Reformen in der DDR waren im Herbst 1989 eine höchst optimistische Vision. Ich wünschte mir und meinen Kindern eine offene Zukunft, nicht dieses spießige, bis zum Tod vorbestimmte und angstbesetzte Einerlei. Meine Kinder sollten ihre Oma in West-Berlin besuchen können. Ich wollte die Rolling Stones und Beastie Boys live erleben und mich mit Gleichgesinnten organisieren, um etwas gegen Umweltzerstörung und Städteverfall zu tun, öffentlich meine Meinung äußern, ohne verfolgt zu werden, freie Wahlen statt inszenierte Scheinwahlen.

Es ging um persönliche Freiheiten, um politische und bürgerliche Rechte. Darin waren sich die oppositionellen Gruppen einig. Die konkreten Reformideen waren aber sehr unterschiedlich. Das spiegelt sich auch in der Vielzahl an Bürgerbewegungen, Parteien und Interessenvertretungen, die ab Spätsommer 1989 gegründet wurden. In der größten Bürgerbewegung, dem Neuen Forum, wurde das besonders deutlich. Je mehr Menschen dazustießen, desto weiter gingen die Vorstellungen auseinander. Die Hoffnungen und Visionen änderten sich in den Monaten des Umbruchs so rasant wie die Verhältnisse in der DDR.

MJ: Wurden damals Chancen vertan? Was wäre aus Ihrer Sicht die bestmögliche Entwicklung gewesen?

TS: Sicherlich wurden Chancen vertan und Fehler gemacht. Es wäre angebracht gewesen, die SED als Partei, die für die Diktatur in der DDR verantwortlich war, aufzulösen oder zu verbieten. Auf jeden Fall wäre es besser gewesen, wenn Ost- und Westdeutsche über ihre Verfassung gemeinsam diskutiert und abgestimmt hätten. Dafür gab es jedoch 1990 keine Mehrheit.

Bei aller Kritik sollten wir nicht vergessen, dass der Prozess der Demokratisierung nie alternativlos war und es viele gegenläufige Interessen gab. Wenn man bedenkt, dass die Ostdeutschen nicht geübt darin waren, eine Diktatur zu stürzen und über Nacht eine demokratische Gesellschaft aufzubauen, können wir uns froh und glücklich schätzen – auch wenn man vergleicht, wie die gesellschaftlichen Umbrüche in anderen Ländern verliefen.

Wer sich heute über die eine oder andere Entwicklung beklagt, muss sich auch fragen lassen, welche Entscheidungen er damals getroffen hat, ob und wofür er sich aktiv eingesetzt hat.

MJ: *Leitenden Persönlichkeiten der Aufarbeitung der DDR-Geschichte wird entweder eine fehlende Distanz zum Thema oder mangelnder direkter Einblick und unzureichendes Verständnis vorgeworfen, je nachdem, aus welchem Teil Deutschlands sie kommen. Wie sehen Sie das?*

TS: Biografische Herkunft oder eigenes Erleben können sicherlich Motor für zivilgesellschaftliches oder berufliches Engagement sein, ein Qualifizierungsmerkmal für die erinnerungspolitische Arbeit sind sie natürlich nicht.

MJ: *Welche Aspekte fehlen Ihnen, wenn Sie die bisherige wissenschaftliche und erinnerungspolitische Beschäftigung mit der Geschichte der DDR betrachten?*

TS: Eine Leerstelle sehe ich bei der Forschung zu Machtstrukturen jenseits der Stasi. Wie trug zum Beispiel die Volkspolizei zur Machterhaltung der SED bei? Welche Rolle hatte sie innerhalb des Repressionsapparats und wie war sie mit den anderen Machtstützen verzahnt? Um über dieses Thema aufzuklären, soll der Hafttrakt im Innenhof des früheren Präsidiums der Volkspolizei in der Keibelstraße zu einem öffentlich zugänglichen Informationsort ausgebaut werden.

Beschämend ist, dass es noch immer Opfergruppen gibt, die zu wenig oder gar keine Unterstützung bekommen. Zum Beispiel Menschen, die in Kinderheimen oder Jugendwerkhöfen der DDR schreckliche Traumatisierungen erlebt haben. Schülerinnen und Schüler, die wegen ihres Glaubens verfolgt wurden oder weil sie ihre Meinung offen geäußert haben, politische Häftlinge, die bis zu einem halben Jahr inhaftiert waren, Menschen, die den Zersetzungsmaßnahmen der Geheimpolizei ausgesetzt waren. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Viele Betroffene leiden bis heute unter den Folgen der Repression in der DDR und befinden sich oft in schwierigen Lebenslagen. Hier muss die Gesellschaft Verantwortung übernehmen, und die Politik muss den gesetzlichen Rahmen für die Verbesserung der Lebenssituation schaffen.

MJ: *Die Feierlichkeiten zur Friedlichen Revolution und zum Mauerfall konzentrieren sich auf den 9. November, den Tag der offiziellen Grenzöffnung. Viele Bürgerrechtler sehen ihre Initiative damit nicht ausreichend gewürdigt. Sollte das Gedenken auf den 9. Oktober verlegt werden, den Tag der großen Montagsdemonstration in Leipzig?*

TS: Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 war nun einmal das weithin sichtbarste Zeichen für das Ende der Spaltung Deutschlands und Europas. Die Bilder vom Mauerfall gingen um die Welt. Und auch in anderen Ländern verbanden Menschen viele Hoffnungen und Wünsche damit – das wird auch so bleiben.

Doch der Mauerfall kam nicht aus dem Nichts. Im Laufe des Jahres 1989 nahmen der Protest gegen die SED-Führung und der Ruf nach Veränderungen zu. Der 9. Oktober ist zweifelsohne ein herausragendes Ereignis der Freiheitsrevolution. Was an diesem Tag in Leipzig passierte, strahlte in die ganze DDR aus. In der Berliner Gethsemanekirche fand zur gleichen Zeit eine Mahnwache für die Inhaftierten der Leipziger Montagsdemos statt, deshalb war die Kirche von Sicherheitskräften umstellt. Als sich am Abend des 9. Oktobers über das Telefon die Nachricht verbreitete, dass die Staatsmacht die Demonstration in Leipzig nicht mit Waffengewalt niedergeschlagen hatte, war die Erleichterung unvorstellbar groß. Das machte Mut – auch wenn der Kampf um die Macht weiterging und das Ende der kommunistischen Diktatur längst noch nicht besiegelt war.

